

The Institute for Economics and Peace

01.11.2023 – 06:01 Uhr

Angesichts der zunehmenden Nahrungsmittel- und Wasserknappheit und des Inflationsdrucks steigt das Konfliktrisiko, berichtet das Institut für Wirtschaft und Frieden (IEP)

London (ots/PRNewswire) -

Heute wird der jährliche Bericht über die ökologische Bedrohung (Ecological Threat Report) vorgestellt, der vom Institut für Wirtschaft und Frieden (Institute for Economics & Peace, IEP) erstellt wird.

Wichtigste Erkenntnisse:

- Ökologische Bedrohungen wie das rasche Bevölkerungswachstum, die Gefährdung der Wasserversorgung und die Ernährungsunsicherheit werden durch den Klimawandel noch verschärft und führen zu Massenvertreibungen und Konflikten.
- Ein Anstieg der Ernährungsunsicherheit um 25 % erhöht das Risiko eines Konflikts um 36 %
- In ähnlicher Weise erhöht ein Anstieg der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser um 25 % die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts um 18 %
- 1 Milliarde Menschen leben in 42 Ländern, in denen derzeit große Ernährungsunsicherheit herrscht
- 1 von 4 Menschen auf der Welt hat keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Trinkwasser
- Im Jahr 2050 werden 2,8 Milliarden Menschen in Ländern leben, die schwerwiegenden ökologischen Bedrohungen ausgesetzt sind, verglichen mit 1,8 Milliarden heute
- Mehr als 60 % der Megastädte der Welt wachsen rasant und befinden sich in Ländern mit einem hohen Maß an Gewalt oder Konflikten. Diesen Städten fehlen die finanziellen Mittel, um ihr Bevölkerungswachstum zu bewältigen.

Der Bericht über die ökologische Bedrohung (ETR) analysiert ökologische Bedrohungen weltweit und bewertet die Länder und subnationalen Gebiete, die am stärksten von Konflikten, zivilen Unruhen und Vertreibung aufgrund von ökologischer Verschlechterung und klimabedingten Ereignissen bedroht sind. Der Bericht deckt 221 Länder und unabhängige Gebiete ab, die in 3.594 subnationale Gebiete unterteilt sind.

Die wichtigste Erkenntnis des ETR ist, dass sich das derzeitige Ausmaß der ökologischen Verschlechterung ohne konzertierte Maßnahmen verschlimmern wird, was bestehende Konflikte verschärft und zu einem Katalysator für neue Konflikte werden wird, was wiederum zu einer Zunahme der Zwangsmigration führt.

Die Zahl der Länder, die unter schwerwiegenden ökologischen Bedrohungen und geringer gesellschaftlicher Resilienz leiden, ist im letzten Jahr um 3 auf 30 gestiegen. In diesen „Hotspot“-Ländern leben 1,1 Milliarden Menschen, was einer Zunahme von 332 Millionen entspricht⁽¹⁾. Der jüngste Druck auf die weltweiten Lebensmittelpreise hat die Länder, die bereits unter Ernährungsunsicherheit leiden, zusätzlich belastet.

Hotspot-Länder

Drei neue Länder haben sich zu „Hotspots“ entwickelt. Es handelt sich um Niger, Äthiopien und Myanmar, die alle in einen schädlichen Kreislauf aus zunehmender ökologischer Bedrohung, geringerer gesellschaftlicher Resilienz und eskalierenden Konflikten geraten sind. In jedem dieser Länder kam es in den letzten 12 Monaten zu Hungersnöten und Gewalt: Der anhaltende Konflikt in Äthiopien, der kürzliche Militärputsch in Niger und die Gewalt in Myanmar nach dem Putsch im Jahr 2021.

Ökologische Verschlechterungen und Konflikte sind zyklisch, wobei die Verschlechterung der Ressourcen zu Konflikten führt und Konflikte wiederum zur Verschlechterung der Ressourcen. Ökologische Verschlechterungen wirken sich am stärksten auf Konflikte in Regionen wie der Sahelzone aus, die mit großen Mängeln in der Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, einem hohen Maß an Armut und kurzfristigen klimatischen Schwankungen zu kämpfen haben.

Konflikte greifen oft von einem Land auf ein anderes über und wirken sich auf die Region und darüber hinaus aus. (2). Derzeit sind über 108 Millionen Menschen auf der Flucht, ein Anstieg um 24 % seit 2020. Schätzungen zufolge bewegen sich 30 Prozent aller Vertriebenen mehr als 500 Kilometer über ihr Heimatland hinaus, wobei ein erheblicher Prozentsatz der illegalen Einreisen nach Europa aus ökologisch bedrohten und konfliktgeladenen Ländern stammt⁽⁶⁾. Ein erheblicher Prozentsatz der illegalen Einreisen nach Europa, insbesondere 29 % aus Syrien

und 9 % aus Afghanistan, stammt aus Hotspot-Ländern.

Ausgehend von den derzeitigen Trends und ohne wesentliche Anstrengungen zu ihrer Umkehrung, werden nach Schätzungen des IEP bis 2050 2,8 Milliarden Menschen in Ländern leben, die schwerwiegenden ökologischen Bedrohungen ausgesetzt sind, verglichen mit 1,8 Milliarden im Jahr 2023.

Konflikte, Lebensmittel- und Wasserstress

Ernährungsunsicherheit ist mit Wasserstress verbunden. Der ETR schätzt, dass ein Anstieg der Ernährungsunsicherheit um 25 % das Konfliktrisiko um 36 % erhöht, während ein Anstieg des Wasserrisikos um 25 % die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts um 18 % erhöht. Gebiete mit einer konfliktreichen Vergangenheit und schwachen Institutionen sind am stärksten gefährdet.

Die weltweiten Lebensmittelpreise sind seit 2016 um 33 % gestiegen, was die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen zusätzlich belastet. Derzeit herrscht in 42 Ländern große Ernährungsunsicherheit, wobei fast vier Milliarden Menschen in Gebieten mit *hoher* oder *schwerer* Ernährungsunsicherheit leben. Die meisten dieser Länder liegen in Afrika südlich der Sahara.

Zwei Milliarden Menschen leben derzeit in Ländern ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bis 2040 wird die MENA-Region den Wasserstress der afrikanischen Ländern südlich der Sahara widerspiegeln. Acht der zwölf Länder in Russland und Eurasien stehen derzeit vor erheblichen Wasserproblemen, die durch geringe Niederschläge und ihre Topologie noch verschärft werden.

Es wird erwartet, dass sich diese Trends noch verstärken werden. Es ist wahrscheinlich, dass die globale Erwärmung im Laufe des 21. Jahrhunderts 1,5 °C überschreiten wird, was es schwieriger macht, unter 2 °C zu bleiben. Dies wird wahrscheinlich die ökologische Verschlechterung und die zugrunde liegenden Konfliktursachen noch verschärfen(3).

Naturkatastrophen, Bevölkerung und Konflikte

Der Klimawandel verstärkt Risiken wie Dürren, Überschwemmungen, Zyklone und Stürme. Die Sterblichkeitsrate ist in Ländern mit geringer Resilienz und Frieden siebenmal höher als in Ländern mit hoher Resilienz und Frieden. Daher wird der Zentrale Nothilfefonds der Vereinten Nationen (CERF) im Jahr 2022 35 % seines Budgets für die Bekämpfung von Naturkatastrophen bereitstellen – vor zehn Jahren waren es noch 17 %.

Der zunehmende demographische Druck verschärft die ökologischen Risiken und belastet die öffentlichen Ressourcen und die gesellschaftliche Resilienz, insbesondere in bereits anfälligen Regionen. Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung der afrikanischen Länder südlich der Sahara voraussichtlich auf 2,2 Milliarden Menschen ansteigen, was einem Zuwachs von über 60 % entspricht und den Druck auf die bestehenden Lebensmittel- und Wasservorräte drastisch erhöhen wird. Bis 2050 wird die Zahl der Jugendlichen unter 15 Jahren in der Region mehr als die gesamte europäische Bevölkerung ausmachen, was die dynamischen Veränderungen in der globalen Bevölkerungsverteilung verdeutlicht.

Steve Killelea, Gründer und Vorstandsvorsitzender des IEP, erklärte:

„Im Vorfeld der COP 28 erinnert der Bericht über die ökologische Bedrohung die Verantwortlichen rechtzeitig daran, dass sie handeln, investieren und die Resilienz für die Zukunft aufbauen müssen. Die Zahl der Länder mit schwerwiegenden ökologischen Bedrohungen, denen es an der notwendigen gesellschaftlichen Resilienz zur Bewältigung dieser Herausforderungen mangelt, nimmt weiter zu, und der Klimawandel wird diese Bedrohungen noch verschärfen.“

Länder mit einem hohen Maß an positivem Frieden(4) verfügen über die gesellschaftliche Resilienz, um diese Herausforderungen zu bewältigen. In einer Welt, die mit ökologischer Verschlechterung, Konflikten und erzwungener Migration konfrontiert ist, müssen die Staats- und Regierungschefs in Programme investieren, die Fähigkeiten aufbauen, die zu einer positiven Resilienz führen und den wirtschaftlichen Fortschritt vorantreiben.“

Megastädte: Steigende Umweltverschmutzung und Bevölkerungszahl

Die Zahl der Megastädte(5) nimmt zu und wird den Prognosen zufolge bis 2050 von 33 auf 50 ansteigen. Derzeit leben mehr als 267 Millionen Menschen in den am wenigsten friedlichen Megastädten der Welt. Diese Städte werden in den nächsten 30 Jahren ein schnelles Wachstum erleben, haben aber nicht die finanziellen Mittel, um ihre Expansion zu bewältigen, was zu einer Zunahme von Kriminalität, Armut, Verkehrsstaus und Umweltverschmutzung führen wird.

In Afrika haben sowohl Nigeria als auch die Demokratische Republik Kongo mehrere Städte mit hohem Wachstum

und niedrigem Pro-Kopf-Einkommen. Von den 50 prognostizierten Megastädten befinden sich 60 % in Ländern, die in der unteren Hälfte des Weltfriedensindex liegen.

Mehr als 60 % der Flüchtlinge und 80 % der Binnenvertriebenen ziehen in Städte. Bis 2050 wird 70 % der Weltbevölkerung in Städten leben, wobei das meiste Wachstum in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und hoher Gewaltbereitschaft zu verzeichnen sein wird. Beispiele hierfür sind Kinshasa, Lagos, Dhaka und Karatschi.

Konflikte und die grüne Wirtschaft

Länder, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind, werden während des bevorstehenden grünen Übergangs ohne Unterstützung zu kämpfen haben. So erwirtschaften beispielsweise die Demokratische Republik Kongo, Libyen, Irak, Angola und Osttimor über 25 % ihres BIP aus fossilen Brennstoffen. Angesichts großer ökologischer Herausforderungen und geringer gesellschaftlicher Resilienz könnten diese Länder zwischen 2030 und 2040 mit einem Rückgang ihres BIP um bis zu 60 % konfrontiert sein.

Weitere Informationen finden Sie auf economicsandpeace.org und visionofhumanity.org.

Hinweise an die Redaktion

(1) Die Hotspot-Länder 2023 sind:

<i>Burundi</i>	<i>Kamerun</i>	<i>Zimbabwe</i>
<i>Demokratische Republik Kongo</i>	<i>Zentralafrikanische Republik</i>	<i>Haiti</i>
<i>Guinea</i>	<i>Tschad</i>	<i>Irak</i>
<i>Niger</i>	<i>Äquatorialguinea</i>	<i>Libyen</i>
<i>Republik Kongo</i>	<i>Eritrea</i>	<i>Mali</i>
<i>Somalia</i>	<i>Äthiopien</i>	<i>Mauretanien</i>
<i>Südsudan</i>	<i>Guinea-Bissau</i>	<i>Myanmar</i>
<i>Afghanistan</i>	<i>Sudan</i>	<i>Nigeria</i>
	<i>Uganda</i>	<i>Nordkorea</i>

(2) Weltfriedensindex 2023

(3) IPCC, 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Beitrag der Arbeitsgruppen I, II und III zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen [Hauptautorenteam, H. Lee und J. Romero (Hrsg.)]. IPCC, Genf, Schweiz, S. 71

(4) Unter positivem Frieden versteht man die Einstellungen, Institutionen und Strukturen, die friedliche Gesellschaften schaffen und erhalten. [Quelle](#)

(5) Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern

(6) Bericht über die ökologische Bedrohung 2021

Informationen zum Bericht über die ökologische Bedrohung (Ecological Threat Report, ETR)

Dies ist die vierte Ausgabe des ETR, der 228 unabhängige Staaten und Territorien abdeckt. Der ETR ist insofern einzigartig, als dass er einen vielschichtigen Ansatz des maschinellen Lernens verfolgt, um Messungen der Resilienz mit den umfassendsten verfügbaren ökologischen Daten zu kombinieren und so die Länder zu ermitteln, die am ehesten mit extremen ökologischen Schocks fertig werden, jetzt und in Zukunft.

Methodik

Der ETR umfasst die neuesten und angesehensten wissenschaftlichen Forschungsarbeiten zu den Themen Bevölkerungswachstum, Wasserstress, Ernährungsunsicherheit, Dürren, Überschwemmungen, Zyklone und steigende Temperaturen. Darüber hinaus verwendet der Bericht das IEP-Rahmenwerk für positiven Frieden, um Bereiche zu ermitteln, in denen die Resilienz wahrscheinlich nicht stark genug ist, um sich an diese zukünftigen Schocks anzupassen oder sie zu bewältigen. Der Bericht stützt sich auf eine Vielzahl von Datenquellen, darunter die Weltbank, das World Resources Institute, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, die Vereinten Nationen, der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, das Internal Displacement Monitoring Centre, der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen, die Internationale Organisation für Migration und das IEP.

Informationen zum Institut für Wirtschaft und Frieden (Institute for Economics & Peace, IEP)

Das IEP ist ein internationaler und unabhängiger Think Tank, der sich dafür einsetzt, den Fokus der Welt auf den Frieden als positives, erreichbares und greifbares Maß für menschliches Wohlergehen und Fortschritt zu lenken. Es hat Büros in Sydney, Brüssel, New York, Den Haag, Mexiko-Stadt und Harare.

Logo – https://mma.prnewswire.com/media/792052/IEP_Logo.jpg

View original content:<https://www.prnewswire.com/news-releases/angesichts-der-zunehmenden-nahrungsmittel-und-wasserknappheit-und-des-inflationsdrucks-steigt-das-konfliktrisiko-berichtet-das-institut-fur-wirtschaft-und-frieden-iep-301970823.html>

Pressekontakt:

Ryan Seller,
Manager für Medienbeziehungen,
Hill+Knowlton Strategies,
ryan.seller@hkstrategies.com,
+44 7917 073423

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100097100/100912943> abgerufen werden.